

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,30 RM. Bei Gebührenschein 2 RM. 50 Pf. Die Sonntagsblätter sind gesondert zu bestellen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1,50 RM. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Buchhandlungen und Verlagsstellen zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 33. — 88. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Polizeid.: Dresden 2640

Freitag, den 8. Februar 1929

## „Gewehr bei Fuß“.

Fast wie eine Ironie der Weltgeschichte — freilich nur als eine leichte Ironie — mutet es an, daß das Zentrum genau zehn Jahre nach dem Zusammentritt der ersten republikanischen Volksvertretung, am 6. Februar also, aus einer Reichsregierung ausschied; denn zehn Jahre hindurch hatte es in jedes Kabinett einen oder mehrere Minister entsandt. Man muß auch daran erinnern, daß an jenem 6. Februar 1919 das Zentrum auch äußerlich den Bruch mit dem Konservativismus vollzog, mit dem es — wenigstens in Preußen — bis zuletzt zusammengegangen war. Jetzt aber will es „Gewehr bei Fuß“ stehen, zwar aus der Regierung Müller ausscheiden, aber nicht parlamentarische Opposition werden. Diese Absicht, ohne parlamentarische Koalitionsspezifität und der damit — auch für die Mehrheitsbeschlüsse des Kabinetts und der Koalition ohne eigene Zustimmung — verbundenen Verantwortlichkeit zu bleiben, ist nur die Rücksichtnahme auf Wünsche und Bestrebungen, die im Zentrum nicht erst von heute und gestern stammen. Der Ruf nach einer „Disziplinierung“ wurde immer stärker und hat nach den Wahlwahlen des vergangenen Jahres dazu geführt — nicht zuletzt wegen der eingetretenen Stimmenverluste —, daß das Zentrum es zunächst ablehnte, die ihm angebotenen drei Ministerposten und damit die volle Verantwortung zu akzeptieren. Man begnügte sich mit einem „Beobachtungsposten“ in Person des Ministers v. Guérard.

Als es Mitte Januar d. J. endlich zu den Verhandlungen über die Schaffung einer festgestellten Koalition kam, verlangte das Zentrum drei Sitze im Kabinett. Das wurde ihm auch grundsätzlich zugesprochen — doch nun kam das große „Aber“. Die Deutsche Volkspartei verlangte gleichzeitige Bildung der Großen Koalition in Preußen, erinnerte an das dahingehende Versprechen im Juni vergangenen Jahres und forderte für sich zwei Sitze. Nach langem Jähren war als letzter Punkt die Zusage des Zentrumsvorsitzenden erreicht, seine Preußenfraktion zu einer den Wünschen der Volkspartei entgegenkommenden Aufgabe zu veranlassen, also nur eine halbe Gewähr dafür, daß in Preußen ein derartiges Kabinett der Großen Koalition zustande kam.

Aber auch diese Zusage erfolgte nur unter zwei Voraussetzungen: das Zentrum müsse sofort die von ihm verlangten drei Ministerposten erhalten und lehne den Vorschlag des Reichskanzlers ab, wonach es den einen Sitz sofort, den zweiten aber erst nach Bildung des Kabinetts der Großen Koalition in Preußen — mit zwei Ministerposten für die Volkspartei — erhalten solle; zweitens verweigere das Zentrum „aus zwingenden Gründen“ einer gleichzeitigen Umbildung der Kabinette im Reich und in Preußen die Zustimmung. Welches diese „zwingenden Gründe“ sind, wird allerdings nicht gesagt. Und schließlich, da diese Zentrumsforderung in die Form eines beschränkten Ultimatum gekleidet war, dieses aber vom Reichskanzler in Rücksicht auf frühere, auch in letzter Zeit wiederholte Zusagen der Deutschen Volkspartei gegenüber abgelehnt wurde, ist der Minister von Guérard aus dem Kabinett ausgeschieden. Denn für die Deutsche Volkspartei war nach ihrer Ansicht mit der stark verlaufener Erklärung der Zentrumsfraktion die Gewißheit, in das Preußenkabinett alsbald hineinzukommen, nicht gegeben, vielmehr wurde wiederum ein reichlich unbestimmter Wechsel auf die Zukunft angedeutet.

Die noch hinter der Regierung stehenden Parteien — von denen die Bayerische Volkspartei hierfür kaum noch in Frage kommt —, also Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten, sind eine parlamentarische Minderheit im Reichstag. Bieweil das Zentrum die Regierung stützt oder nicht bei Regierungsvorlagen — darunter vor allem die Steuererhöhungen, den Etat, neue Bestimmungen im Strafrecht und tausend anderes mehr —, will es von Fall zu Fall entscheiden. Von einer wirklichen Regierungsfähigkeit des jetzigen Kabinetts, in dem das vermittelnde Bindeglied zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei, nämlich das Zentrum, fehlt, kann man wohl kaum sprechen; reiflos einzig ist man sich dort nur in außerparlamentarischen Fragen. Es braucht aber gar nicht erst betont zu werden, wie verhängnisvoll gerade jetzt diese „Lähmung“ der deutschen Reichsregierung wirken muß. Und wie die brennenden innenpolitischen Fragen von einer derartigen Minderheitsregierung bewältigt werden sollen, das zu beantworten, bedarf es mehr als nur eines gesunden Menschenverstandes. In diesen Fragen gehört aber auch z. B. der Etat, den die parlamentarische Opposition selbstverständlich ablehnt, der aber nur angenommen werden kann, wenn ihm auch das Zentrum zustimmt. Wenn...? Es wird keine Zustimmung eben davon abhängig machen, ob man darin seinen Wünschen gerecht wird.

Es scheint, als ob die Lösung dieser Krise doch nur von Preußen her erfolgen kann. Kommt dort die Regierung der Großen Koalition zustande, was auch wieder vom Zentrum abhängt, dann steht ebenfalls dem nichts entgegen, daß man sich auch im Reich wieder vertritt. Freilich lassen gerade die vom Zentrum erwähnten „zwingenden Gründe“ die Wende sich nach Preußen wenden, wo die Konföderationsfrage vielleicht die entscheidende Rolle spielt.

## Die Reichsregierung bleibt

### Kabinett ohne Zentrumsvertretung.

Nach dem Rücktritt v. Guérards.  
Nach der am Mittwochabend erfolgten Zurückziehung des dem Zentrum angehörigen Reichsverkehrsministers v. Guérard aus dem Reichskabinett erschien die Lage äußerst verwirrt. Das Zentrum hatte in einer zweiten ultimativen Forderung den vom Reichskanzler Müller und von den Regierungsparteien formulierten Vermittlungsvorschlag abgelehnt und in einigen Stunden die Erfüllung seiner Wünsche in Bezug auf Ernennung dreier Zentrumsminister verlangt. Als diesem Verlangen nicht nachgegeben wurde, reichte Guérard alsbald seinen Rücktritt ein, der genehmigt wurde. Damit schied das Zentrum aus der Regierung aus.

### Übereinstimmung zwischen Hindenburg und Kabinett.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Donnerstagssitzung mit der durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard geschaffenen Lage. Das Kabinett war einmütig der Ansicht, daß die außenpolitische Lage, besonders die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage, der Reichsregierung die Fortführung der Geschäfte auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 3. Juli vorigen Jahres zur unmittelbaren und unabweisbaren Pflicht machen. Der Reichskanzler berichtete darauf dem

Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist der Auffassung des Reichskabinetts vollkommen beizutreten, er genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsverkehrsministers von Guérard und beauftragte entsprechend dem Vorschlag des Reichskanzlers den Reichspostminister Dr. Schädel mit der Führung der Geschäfte des Reichsverkehrsministers und den Reichsminister des Innern, Severing, mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete.

Guérard hatte bisher das Reichsministerium für die besetzten Gebiete mitverwaltet. Bemerkenswert ist es, daß die sonst mit dem Zentrum in ziemlich fester Verbindung stehende Bayerische Volkspartei den Schritt des Zentrums nicht mitgemacht hat, sondern seinen Vertreter Dr. Schädel in der Regierung beläßt.

### Preußenverhandlungen gehen weiter.

Übereinstimmend verlautet von allen Seiten, daß die mit der Krise im Reich engverbundenen Besprechungen über die Bildung der Großen Koalition in Preußen weitergeführt werden. Die Deutsche Volkspartei verlangt dort bekanntlich zwei Ministerposten.

Würde diese Kombination zustande kommen, so müßte einer der drei preussischen Zentrumsminister, entweder Schmidt, Hirtle oder Steiger, zurücktreten. Eine interfraktionelle Besprechung über die Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen, die Donnerstag stattfinden sollte, ist abgesagt worden. Sie wird in diesen Tagen unter Zuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden.

## Großer Tumult im Reichsparlament

### Kommunistenlärm im Reichstag.

#### Die Sitzung unterbrochen.

(43. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Februar.  
Vor dem Schluß der gestrigen Sitzung wurde der Redoggen-Pakt in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 127 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Heute wird ein Antrag der Wirtschaftspartei, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die durch die Reichsbewertungs- und Vermögenssteuer-Durchführungsbestimmungen für das Grundvermögen geschaffenen (aktiven) Einheitswerte auf die tatsächlichen Ertrags- bzw. gemeinen Werte zu reduzieren, dem Ausschuss zur Beratung übergeben. Endgültig zugestimmt wird dem Protokoll und dem Notenwechsel zum deutsch-französischen Handelsabkommen und dem Notenwechsel zu der deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenverkehr mit dem Saarbedingebiet.

#### Deutsch-litauischer Handels- und Schiffsverkehrsvertrag.

Abg. von Lindner-Wildau (Dn.) stimmt dem Verträge zu, der gegenseitig die wirtschaftlichen Grundlagen der staatlichen Selbständigkeit Litauens auszubauen. Wenn seine Partei trotz gewisser Opfer, die manche deutschen Wirtschaftskreise wieder bringen müßten, ihre Zustimmung erkläre, dann erwarte sie davon ein verständnisvolles Echo in Litauen, das sich nicht nur in freundschaftlichen Beziehungen, sondern auch in guten Beziehungen zu den Litauern zeigen müsse, die man bisher in verschiedenen Richtungen vernachlässigt habe.

Abg. Lust (Zp.) schließt sich der Hoffnung an, daß nunmehr eine gerechtere Behandlung der Deutschen durch Litauen Platz greifen werde. Auch wirtschaftlich sei der Handelsvertrag ein bedeutender Fortschritt.

#### Vorstoß der Kommunisten.

Abg. Kollwitz (Komm.) lehnt den Vertrag ab, da er Ausnahmestimmungen gegen die Kommunisten enthalte. Fünftausend litauische Emigranten würden jetzt aus Ostpreußen ausgewiesen, um sie dem litauischen Heer Woldeparas anzuschließen.

Als der Redner einen Appell an die Deutschen und die litauischen Arbeiter richtet, diese Ausweisungsmassnahmen zu verhindern, ruft ihn Präsident Lobe zur Sache. Der Redner ruft darauf den Präsidenten unter großer Unruhe des Hauses zu: „Sie haben natürlich die Aufgabe, den Heer Woldeparas zu verteidigen!“

Präsident Lobe: Herr Abgeordneter Kollwitz, das ist eine solche Ungehörigkeit, daß ich Sie auffordere, den Saal zu verlassen. (Beifall bei der Mehrheit. Abg. Hörne bei den Kommunisten, von denen besonders der Abg. Hörne den Sozialdemokraten Schwabworte juchzt.)

Präsident Lobe: Herr Abgeordneter Hörne, Sie haben gegen Abgeordnete des Hauses Beschimpfungen wie „Dunbe“ usw. gebraucht, so daß ich Sie ebenfalls auffordere, den Saal zu verlassen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit. — Im ganzen Hause herrscht große Unruhe. Abg. Hörne bleibt im Saal.) Der Präsident richtet eine zweite Aufforderung an den Abg. Hörne und unterbricht, da auch dieser keine Folge geleistet wird, die Sitzung für fünf Minuten.

#### Wiederaufnahme der Beratung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Präsident Lobe mit, daß der Abg. Hörne für acht Tage von den Sitzungen

des Reichstages ausgeschlossen sei. Der Abg. Kollwitz, der sofort den Saal verlassen hatte, ist für heute ausgeschlossen.

Abg. Torgler (Komm.) ruft — von Juristen unterbrochen — den Präsidenten Lobe, warum die Amerikaner nicht zur Ordnung gerufen worden seien. Abg. Torgler erhält einen Ordnungsruf. Auch der Abg. Rabatsch erhält zwei Ordnungsrufe. Der Präsident, von den Kommunisten mit lärmenden Zwischenrufen unterbrochen, ruft den Kommunisten zu: „Schon durch Ihr Gebahren gegen meine Erklärungen zeigen Sie, wie wenig Sie die Ordnung des Hauses achten. Ich werde gegen Abgeordnete jeder Partei, von denen mir glaubhaft gemacht wird, daß sie beschimpfende Worte anwenden, dieselbe Maßnahme durchzuführen.“ Der Abgeordnete Torgler erhält wegen dauernder Zwischenrufe einen zweiten Ordnungsruf, ebenso der Abg. Müller-Konover (Komm.).

Als der Abg. Söder (Komm.) dann dauernd das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, erklärt der Präsident unter dem lebhaftesten Beifall der Mehrheit, während die Kommunisten lärmten, daß er jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen würde. Aber die Ordnungsmassnahmen des Präsidenten rüde es keine Debatte. — Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, wird der deutsch-litauische Handelsvertrag in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Abkommens zur Regelung der finanziellen Streitfragen mit Rumänien. Abg. Frau Sander (Zp.) befragt das Abkommen. Abg. von Lindner-Wildau (Dn.) erklärt, es wäre zu wünschen, daß das Beispiel dieses Vertragsabkommens Nachahmung bei anderen Ländern finde. Abg. Wirth (Zp.) befragt die jetzige Stellung der deutschen Minderheiten in Rumänien und spricht die Erwartung aus, daß diesem Abkommen weitere folgen.

#### Erneute Unruhen und Ordnungsrufe.

Abg. Ende (Komm.) bezeichnet Rumänien als eines der Arsenale gegen die russische Sowjetrepublik. Mania sei ein arbeitsloser Katal in den Händen... Präsident Lobe erhebt den Redner, Beleidigungen fremder Staatsminister zu unterlassen, und ruft ihn zur Ordnung. Als der Redner diese Maßnahme kritisieren will, erhält er einen zweiten Ordnungsruf. Als Abg. Torgler (Komm.) dem Abg. Ende sekundiert, droht Präsident Lobe wiederholt mit Wortentziehung, wenn er nicht zur Sache käme. Abg. Ende (Komm.) kritisiert weiter die rumänischen Regierungsmotive. Präsident Lobe unterbricht daraufhin den Redner und fragt das Haus, ob es ihn weiter hören wolle. Da sich nur die Kommunisten erheben, wird ihm das Wort entzogen. Von den Kommunisten kommen Rufe gegen den Präsidenten Lobe: „Der neue Januschauer! Er will uns alle heraushaben!“ — Dem Abg. Torgler erteilt der Präsident einen dritten Ordnungsruf mit der Androhung der Ausweisung aus dem Saal bei einem weiteren Verstoß gegen die Geschäftsordnung.

Abg. Dandl (D. Vp.) erklärt, die Volkspartei begrüße den Vertrag wegen der ganzen Tendenz. Abg. Dr. Derenburg (Dn.) meint, daß mit diesem Vertrag wieder ein Teil des Erimmerfeldes aufgeräumt sei, das durch den Verfall der Vertrag geschaffen wurde.

Damit war die Aussprache geschlossen und der Vertrag wurde in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

#### Das Arbeitsschutzgesetz.

Reichsarbeitsminister Wiffel begründet den zur ersten Beratung stehenden Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes. Der Minister weist darauf hin, daß jetzt auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes eine Dunschwärze und Zersplitterung herrsche, die gleichermaßen unangenehm für Arbeitnehmer und Arbeit-